

## **Versorgungssicherheit in Gefahr – die Schattenseite des deutschen Solarbooms**

Welt, 19.12.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254909882/Energie-Bilanz-2024-Versorgungssicherheit-in-Gefahr-die-Schattenseite-des-deutschen-Solarbooms.html>

Der Ausbau von PV-Anlagen hat in diesem Jahr noch mal deutlich an Fahrt aufgenommen. Beim Klimaschutz sei man auf Kurs, berichtet die Energiebranche. Der Zuwachs entspricht zu Spitzenzeiten der Leistung von 17 AKWs. Doch der Energieverband warnt die Politik vor möglichen Folgen des Booms.

Der Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hat die Politik dringend dazu aufgefordert, noch vor der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 ein Gesetz über die Eindämmung sogenannter Solarspitzen zu erlassen. Ansonsten drohe Gefahr für die Versorgungssicherheit, warnte die Hauptgeschäftsführerin des Lobbyverbandes, Kerstin Andreae beim Jahresabschluss-Gespräch in Berlin.

Nach den Zahlen des Verbandes hat der Solarboom nach seinem Rekord 2023 in diesem Jahr noch weiter an Fahrt gewonnen. Erneut seien mehr als eine Million Photovoltaik-Anlagen auf Dächern und Feldern gebaut worden. Seit dem Jahr der Regierungsübernahme durch die Ampel-Koalition 2021 haben sich die Inbetriebnahmen damit in etwa vervierfacht.

Waren im Vorjahr noch 15,3 Gigawatt Photovoltaik-Module auf Dächer und Felder gebaut worden, waren es in diesem Jahr 17 Gigawatt. Der Leistungszuwachs entspricht der Leistung von 17 Atomkraftwerken, wenn die Sonne optimal scheint.

Bei rund der Hälfte der installierten Leistung der PV-Anlagen handele es sich um Kleinanlagen mit bis zu 100 Kilowatt Leistung, die nach heutiger Rechtslage ungesteuert ins Netz einspeisen. „Wird mehr Strom ins Netz eingespeist als verbraucht, gefährdet dies die Stabilität des Gesamtsystems“, warnte BDEW-Chefin Andreae: „Um das Problem der sogenannten PV-Spitzen abzumildern, bedarf es angemessener Regelungen zur Steuerbarkeit der Anlagen.“

Ein Gesetz zur Eindämmung sogenannter PV-Spitzen wird von der Bundesregierung vorbereitet. Während verbaute Solaranlagen Bestandsschutz genießen, sollen alle neuen Module „steuerbar“, also abschaltbar werden.

Für alle nicht steuerbaren Anlagen müsse es eine „Wirkleistungsgrenze“ geben, forderte der BDEW. Das heißt: Solardach-Besitzer dürfen künftig nur noch einen begrenzten Prozentsatz des von ihnen produzierten Stroms einspeisen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Menge auf 60 Prozent der installierten Leistung begrenzt, der Rest kann nur dem Eigenverbrauch dienen. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen planen an diesem Freitag einen Gesetzentwurf zur ersten Beratung in den Bundestag einzubringen. Er muss vor der Bundestagswahl beschlossen werden, da Gesetzesentwürfe nicht in die nächste Legislaturperiode übernommen werden können.

Nach einer Reihe von schlechten Nachrichten vom deutschen Strommarkt bemühte sich der BDEW bei seinem Jahresrückblick, die aus seiner Sicht positiven Entwicklungen zu betonen. Der Anteil der Ökostrom-Produktion in Deutschland habe sich von 54 Prozent auf 58 Prozent erhöht.

Der Anteil grüner Energie am Verbrauch stieg auf 55 Prozent. Damit sei die deutsche Energiewirtschaft beim Klimaschutz auf Kurs, betonte Andreae: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sanken in diesem Jahr um rund neun Prozent. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 emittiere die Energiewirtschaft heute 60 Prozent weniger Treibhausgas.

Zu diesen Entwicklungen hätten „auch“ die erneuerbaren Energien beigetragen, gestand Andreae zu. Denn ein wesentlicher Teil des Fortschritts bei Ökostrom-Anteilen und CO<sub>2</sub>-Emissionen ist auch auf den Einbruch der Wirtschaftsleistung zurückzuführen, an dem auch die hohen deutschen Energiekosten und die Klimaschutz-Bürokratie ursächlich sind.

Den preistreibenden Zusammenbruch der Wind- und Solarstromproduktion während zweier „Dunkelflauten“ in den vergangenen Wochen wollte Andreae nicht dramatisieren: „Das war das, was wir erwartet haben“, sagte die BDEW-Chefin.

Mit zunehmenden Wind- und Solaranteilen werde das Energieangebot volatiler. Damit gebe es auch größere Preisschwankungen. Entscheidend seien nicht die kurzzeitigen Preisspitzen am Markt, sondern wie sich der Durchschnittspreis für Strom entwickelt. Allerdings brauche man neue Kraftwerkskapazitäten, um Dunkelflauten in Zukunft managen zu können.

„Der Zubau steuerbarer Kraftwerkskapazitäten bleibt hochgradig zeitkritisch und gehört auf die 100-Tage-Agenda der kommenden Bundesregierung“, sagte Andreae: „Wir brauchen Gigawatt! Nur so können wir die Versorgungs- und Systemsicherheit langfristig gewährleisten und gleichzeitig den Kohleausstieg umsetzen.“

#### *Deutschlands neue Rolle als Strom-Importeurs*

Nach Angaben der Bundesnetzagentur braucht Deutschland in etwa 42 neue Gaskraftwerke der großen 500-Megawattklasse bis zum Jahr 2030, um die Energiewende abzusichern. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte ein Fördergesetz vorbereiten lassen, das zunächst Zuschüsse für den Bau von 12,5 Gigawatt der eigentlich benötigten 21 Gigawatt vorsah. Durch den Bruch der Ampel-Koalition ist mit einer Verabschiedung des Gesetzes in dieser Legislatur jedoch nicht mehr zu rechnen.

Beobachter rechnen nun mit einer Auktionierung der Fördergelder ab 2026. Bei Planungs- und Bauzeiten von rund fünf Jahren für Gaskraftwerke kämen die nötigen Reservekapazitäten also zu spät, um den angestrebten Ausstieg aus der Kohleverstromung schon 2030 zu vollziehen.

Den Zahlen des BDEW zufolge hat sich die Rolle Deutschlands als Netto-Exporteur in die eines Importeurs gewandelt. Wurden bereits im vergangenen Jahr mehr als sieben Milliarden Kilowattstunden aus dem Ausland eingeführt, waren es in diesem Jahr mit 23,5 Milliarden mehr als dreimal so viele.

Das größte Wachstum verzeichneten Nettoimporte aus Frankreich. Damit wurde ein großer Teil der inländischen Erzeugungslücke mit Atomstrom aus dem Nachbarland gedeckt.

Die Strompreise gingen 2024 leicht zurück, blieben aber weiterhin deutlich über dem langjährigen Mittel. Der BDEW bezifferte den durchschnittlichen Strompreis für Haushalte mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch auf 40,92 Cent. Im vergangenen Jahr lag er noch bei 45 Cent. Vor 2019 lag der Haushaltsstrompreis jahrelang bei rund 29 Cent. Der BDEW rechnet bei seinem Vergleich Grundversorgungstarife und Neukundentarife mit ein.

International ist der Atom- und Kohleausstieg Deutschlands ohne Vorbild. Zwar bauen auch Länder wie China und viele OECD-Staaten ihre erneuerbaren Energien massiv aus. Doch nach einer Prognose der Internationalen Energieagentur (IEA) steigt zugleich die globale Nachfrage nach Kohle in diesem Jahr auf einen neuen Höchststand. Der Verbrauch habe sich um einen weiteren Prozentpunkt auf 8,8 Milliarden Tonnen erhöht.